

Spraty-Inseln: Manila provoziert Peking

Im Streit um die Spraty-Inseln im Südchinesischen Meer haben die Philippinen China offen herausgefordert und damit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Konflikt gelenkt. Manila organisierte Mitte Mai einen Schiffsausflug für einheimische und ausländische Journalisten auf das von China besetzte Mischief-Riff, das die Philippinen für sich beanspruchen. Peking legte schon Tage vorher scharfen Protest gegen die Exkursion ein und nannte sie eine "Provokation". Acht Seemeilen vor dem Riff stellten sich zwei chinesische Boote dem Journalistenschiff in den Weg. Wenig später bezogen in etwa 15 Seemeilen Entfernung zwei chinesische Kriegsschiffe Position. Nach diesem Vorfall sprach sich

Peking erneut für eine friedliche Beilegung des Streits um die Inselgruppe aus. Der philippinische Präsident Fidel Ramos sprach sich daraufhin ebenfalls für einen Dialog aus.

Anfang März hatte die philippinische Armee chinesische Hoheitszeichen auf dem Archipel gesprengt und 62 chinesische Fischer festgenommen. Am 31. Mai wurde auf der philippinischen Insel Palawan der Prozeß gegen sie eröffnet. Sie wurden des illegalen Fischens und der Umweltzerstörung angeklagt, erklärten sich aber für unschuldig. Peking fordert ihre sofortige Freilassung.

Reuter, 31.5., IPS, 11.5., AP, dpa, 16.5.
Reuter, 28.3., 26.3., 24.3., 20.3.95, AFP,
29.3., 23.3., 20.3.95

Putschist Honasan im Senat

Ex-Oberst Gregorio "Gringo" Honasan, der mehrere blutige Putschversuche gegen die Regierung von Corazon Aquino anführte, hat bei den Wahlen am 8. Mai einen Sitz im Senat errungen. Der Sohn von Ex-Diktator Ferdinand Marcos schaffte hingegen den Einzug in den Senat nicht. Marcos' Witwe Imelda schlug auf ihrer Heimatinsel Leyte alle Konkurrenten um einen Sitz im Kongreß aus dem Rennen und ließ sich schon mal von einem Kommunalbeamten demonstrativ als Abgeordnete vereidigen. Allerdings zweifelt die Wahlkommission die Rechtmäßigkeit ihrer Kandidatur noch an, da Imelda Marcos ihren Erstwahnsitz nicht lange genug auf Leyte hatte. Das Oberste Gericht wird nun entscheiden, ob sie in den Kongreß einziehen darf. Aus den Kongreß-, Senats- und Kommunalwahlen am 8. Mai gingen Präsident Fidel Ramos und seine Partei als Sieger hervor. In beiden Häusern wird seine Lakas-Laban-Koalition eine komfortable Mehrheit haben. Allerdings wird dem Regierungsbündnis von der staatlichen Wahlkommission, von unabhängigen Wahlbeobachtern und von den Kirchen Wahlbetrug in mehreren Fällen vorgeworfen. Mehr als 70 Menschen wurden im Zusammenhang mit der Wahl getötet.

AP, 6.6., 14.5., Reuter, 16.5.95

Japan entschuldigt sich für Kriegsgreuel

Japan hat sich bei den Philippinen für alle Gewalttaten japanischer Soldaten im Zweiten Weltkrieg entschuldigt. Der japanische Botschafter in Manila, Yoshifumi Matsuda, sagte bei einer Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Befreiung der Stadt Baguio, Japan habe seine Lektion gelernt. Während des Kriegs waren Hunderttausende Filipinos getötet worden.

Die Regierung in Tokio begann unterdessen mit der Einrichtung eines privaten Fonds, aus dem die sogenannten comfort women entschädigt werden sollen, die von der japanischen Armee während des Krieges zur Prostitution gezwungen worden waren. Eine entsprechende Spendenkampagne sollte im Mai beginnen. Die Regierung bezuschußt den Fonds mit rund acht Millionen Mark.

Mit dem Geld sollen verschiedene Frauenförderprojekte in den jeweiligen Ländern finanziert werden. Eine individuelle Entschädigung der Frauen lehnt Tokio nach wie vor ab. In Manila untersucht derzeit eine Kommission der UNO die Geschichte der comfort women.

vgl. Reuter, 22.5., AP, 27.4., dpa,
7.4.95

USA drohen: Einstelllung der Manila-Flüge

Die USA haben gedroht, alle Direktflüge amerikanischer Fluggesellschaften von Manila in die USA zu verbieten, falls die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Flughafen von Manila nicht binnen drei Monaten erheblich verbessert werden. Eine Streichung der amerikanischen Direktflüge hätte katastrophale Folgen für den Tourismus und die Exportwirtschaft der Philippinen. Hintergrund der amerikanischen Drohung war das Bekanntwerden von Plänen moslemischer Terroristen, Anschläge auf amerikanische Flugzeuge in den Philippinen zu verüben. Die von den USA gesetzte Frist endet in der ersten Augustwoche.

dpa, 31.5., Reuter, AP, 23.5., Reuter,
13.4., AP, 30.3., 12.2., 13.25

Liste der Warlords veröffentlicht

Die verbotene Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) hat eine Liste mit den Namen von 115 sogenannten "Warlords" veröffentlicht, Privatpersonen, die eigene Armeen unterhalten. Die Liste war von der Polizei und der Nationalen Wahlkommission erstellt worden, nachdem das Tragen von Waffen im Wahlkampf verboten worden war. Hinter jedem Namen auf der Liste war zu lesen, wieviele Bewaffnete der Betreffende in seinen Diensten hat. Die Zahlen bewegten sich zwischen 3 und 250. Allerdings sei die Liste nicht vollständig, so die CPP, da die Namen von Verbündeten des Präsidenten Fidel Ramos nicht auftauchten.

vgl. ISND, April 1995

Blutige Unruhen seit Ipil-Massaker

Auf Mindanao herrschen wieder Terror und Gewalt, seit am 4. April 200 bewaffnete Männer, vermutlich Moslemextremisten, in der Kleinstadt Ipil ein Massaker mit 53 Toten anrichteten. Tausende Zivilisten sind auf der Flucht vor neuen Kämpfen, die Friedensschancen für die Moslemprovinzen sind in weite Ferne gerückt, da die Regierung seit Ipil den Friedenswillen auch der verhandlungsbereiten Moslemgruppen anzweifelt. In Ipil waren am 4. April um die Mittagszeit 200 schwerbewaffnete Männer von vier Seiten eingefallen. Sie raubten die Bankfilialen aus, steckten das Marktviertel in Brand, schossen wahllos auf Passanten und konnten mit mehreren Geiseln entkommen. Sondereinheiten der Armee machten Jagd auf die Rebellen und lieferten sich in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder Feuergefechte mit ihnen. Soldaten erschossen nach eigenen Angaben etwa 40 mutmaßliche Rebel-

len. Auf der Flucht vor den Regierungstruppen ermorde-ten die Rebellen zwei Wochen nach dem Ipil-Massaker 14 Geiseln. Am 20. April bombardierte die philippinische Luftwaffe den ganzen Nachmittag lang die Insel Sacol, wo sie einen Stützpunkt der Rebellen vermutete. Zu diesem Zeitpunkt ging die Armee davon aus, daß die meisten der 200 Angreifer von Ipil entkommen waren, und ging dazu über, Razzien in Moslemvierteln, selbst in Manila, vorzunehmen. Dutzende Verdächtige wurden verhaftet. Ende April griffen moslemische Extremisten die Stadt Tungawan im Süden Mindanaos an und töteten zehn Menschen. Am 7. Juni kam es auf der Insel Basilan zu schweren Kämpfen zwischen Regierungssoldaten und Rebellen von Abu Sayyaf, dabei sollen mindestens 30 Menschen getötet worden sein.

Reuter, 28., 20., 18., 14., 13., 8.4., AP,
7.6., 20.5., AFP, 20.4., ISND, April
1995, UCAN, 13.4.95

Neuer Höchststand bei den Schulden

Die Auslandsverschuldung der Philippinen hat einen neuen Höchststand erreicht. Sie betrug Anfang des Jahres 37 Milliarden Dollar; das sind 7 Milliarden Dollar mehr als beim Amtsantritt von Präsident Fidel Ramos. Nach Angaben der

philippinischen Zentralbank flossen zwei Drittel der neu aufgenommenen Kredite, insgesamt mehr als eine Milliarde Dollar, in Notprojekte zur Energiegewinnung. Für die Bereiche Wohnungsbau und Landwirtschaft wurden jeweils weniger als ein Prozent der Kreditsumme aufgewendet.

vgl. ISND, März 1995, Reuter, AFP,
28.2.95

Kurzmeldungen

Vier Erdstöße bei Samar haben am 21. April den mittleren und südlichen Teil der Philippinen erschüttert. Die Erdstöße, die eine Stärke von 6,9 auf der Richter-Skala erreichten, forderten ein Todesopfer (AP, 21.4.95).

Als erste spanische Monarchen, seit der Unabhängigkeit 1945, besuchte König Juan Carlos und Königin Sofia im April die Philippinen. Einen Tag nach dem Königspaar traf der tschechische Präsident Vaclav Havel zu einem Staatsbesuch in Manila ein (AP, 2.4., 5.4.95).

Die Bundesregierung hat den Philippinen Kredite in Höhe von 54 Millionen Mark gewährt. Mit dem Geld sollen Projekte in den Bereichen Energie, Gesundheit und Wasserbau finanziert werden (AP, 3.5.95).

Das Flüchtlingshochkommissariat der UNO hat eines der beiden Lager für Indochinaflüchtlinge in den Philippinen geschlossen. Aus dem 380 Hektar großen Bataan Camp samt seiner Krankenhäuser und Schulen, soll ein Industriepark werden (IPS, 2.5., UCAN, 2.3., AP, 16.3.1995).

Neun philippinische Polizeioffiziere, darunter drei Polizeigeneräle, müssen sich vor einem Gericht in Manila des Mordes verantworten. Sie sollen angeordnet haben, daß elf mutmaßliche Bankräuber nach ihrer Festnahme kaltblütig erschossen wurden (AP, 6.6., dpa, 2.6., Reuter, 28.5., 13.3.95).

Antonio Sanchez, einflußreicher Bürgermeister von Calauan, sowie sechs seiner Mitarbeiter sind in Manila wegen Vergewaltigung und Mordes zu sieben Mal lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Urteil wird als Sieg der Justiz und als Sieg gegen die Macht der Politikerclans gefeiert, denn Sanchez hatte wegen seiner engen Verbindungen zur Armee als quasi immun gegolten (Reuter, AP, 14.3.95).

Krieg um die letzten Waldgebiete

In den Philippinen ist zwischen Umweltschützern auf der einen und Holzfirmen im Bündnis mit der Armee auf der anderen Seite ein regelrechter Krieg um die letzten Waldgebiete des Landes entbrannt, bei dem beide Seiten nicht vor Gewalt zurückschrecken. Militante Baumschützer sind dazu übergegangen, Bäume in Wasserschutzgebieten und Naturparks mit Stahlnägeln zu spicken. Den Bäumen schaden einige große Nägel nicht, für die Holzfäller aber können sie eine tödliche Falle sein.

Derzeit geben die philippinischen Baumschützer noch bekannt, in welchen Gebieten sie Bäume präpariert haben, um illegale Holzfäller abzuschrecken. Sie werfen der Regierung Untätigkeit vor und verdächtigen die örtlichen Beamten des Umweltministeriums, mit den Holzfällern und ihren Auftraggebern gemeinsame Sache zu machen. Einige Holzunternehmen ihrerseits haben Killertrupps angeheuert. Etwa 60 Umweltschützer, darunter Ureinwohner und Priester, wurden in den

vergangenen Jahren ermordet. In einigen Regionen greift die Armee auch offen auf Seite der Holzfirmen ein, so etwa in den Bergen von Agusan del Sur. Die Soldaten schüchterten die Ureinwohner vom Stamm der Banwaon systematisch ein, zerstörten Häuser und Felder und nahmen willkürliche Festnahmen vor, teilte der Dachverband der Ureinwohner mit. 83 Familien flohen bereits aus der Region. Hinter der Militäraktion stehe ein großes Holzunternehmen. vgl. ISND, April und Mai 1995, IPS, 30.3.95

Genmanipulierten Reis abgefangen

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat ein Paket mit 100 Gramm genmanipulierten Reissamen gestoppt, das auf den Weg in die Philippinen war. Der abgefangene Reis gehöre zu "den fragwürdigsten genmanipulierten Pflanzen überhaupt", erklärte Greenpeace. Der Reis produziere ein Gift, das die Pflanze vor bestimmten Insekten schützt. Hersteller sei die Eid-

genössische Technische Hochschule in Zürich. Diese wollte die neue Sorte nach eigenen Angaben dem Internationalen Reisforschungsinstitut in Manila zur Verfügung stellen. Laut Greenpeace besteht die Gefahr solcher neuer, genmanipulierter Sorten vor allem darin, daß sie sich mit anderen Sorten kreuzen und diese "genetisch verschmutzen" könnten. vgl. dpa, 6.4.95

Neuer Filmhit: Flor Contemplacion

Ein Film über das Schicksal der in Singapur hingerichteten philippinischen Hausangestellten Flor Contemplacion ist der neue Kassenschlager in den Kinos von Manila. Filmproduzent Carlo Caparas, der bisher vor allem Horrorfilme in die Kinos brachte, ließ eine triviale, sentimentale Geschichte voller Gewaltszenen drehen. Flor Contemplacion wird darin von ihren Arbeitgebern mißhandelt, von der Singapurer Polizei mit Elektroschocks gefoltert, von ihren Henkern lüster beäugt. Der Wahrheitsfindung diene der Film nicht, bemängeln die Kritiker, wohl

aber dem Schüren von Vorurteilen gegen Singapur." In den Vereinigten Arabischen Emiraten steht derzeit ebenfalls eine philippinische Hausangestellte unter Mordanklage. Sie tötete ihren Arbeitgeber und gab an, dies sei in Notwehr geschehen, da der Mann sie vergewaltigt habe. Das Urteil wird im Juli erwartet. Die philippinische Regierung schickte Prozeßbeobachter nach Abu Dhabi, da sie offenbar unbedingt eine ähnliche Aufregung wie im Fall Flor Contemplacion vermeiden will. vgl. AFP, 22.5.95, AP, 12.4.95; AP, 31.5., 24.5., 6.4., dpa, 9.5., dpa, 14.3.95

Eisenbahnprojekt für Mindanao

Die philippinische Regierung plant den Bau einer Eisenbahnlinie auf Mindanao, die alle 18 Provinzen verbinden soll. Als erste Teilstrecke sollen 356 Kilometer von Cagayan de Oro nach Davao gebaut werden. Die Kosten hierfür werden auf 110 Mio. US\$ geschätzt, das gesamte Eisenbahnnetz für Mindanao soll 1,12 Mrd. US\$ kosten. vgl. Reuter, 26.4.95

GATT-Abkommen und Ausgleichszahlungen

Der philippinische Kongreß hat in seinem Haushaltsplan drei Milliarden Peso vorgesehen, um die Folgen des GATT-Freihandelsabkommens für philippinische Bauern und Arbeiter abzufedern. Gewerkschaften und Bauernverbände hatten zehnmal soviel an Ausgleichszahlungen gefordert. vgl. ISND, April 1995

- Anzeige -

AKP

Alternative Kommunal Politik



Diese neue Abonnettin der AKP (oder ist es ein Abonnent?) ist offensichtlich glücklich, denn sie hat gerade die grün-alternative Fachzeitschrift **AKP - Alternative Kommunalpolitik** gelesen. Dort fand sie die Informationen und Anregungen, die ihr die kommunalpolitische Arbeit vor Ort erleichtern, ja zur Freude werden lassen. Jede Ausgabe enthält auf 68 Seiten einen Schwerpunkt, viele Fachbeiträge, einen Magazin- und Nachrichtenteil, eine Fundgrube und Börse ... und noch vieles mehr. Die AKP erscheint 6 x pro Jahr, das Abo kostet 54 DM. Möchtest auch Du glücklich werden?! Dann solltest Du einen Gesamtkatalog und ein kostenloses Probeheft der AKP anfordern, - oder sofort abonnieren. * * *

Wenn mensch zusätzlich eine grundlegende und kompetente Einführung oder mittels Stichworten schnell auffindbare Informationen über alle Gebiete der Kommunalpolitik sucht, dann empfehlen wir unser

Handbuch für alternative Kommunalpolitik

Über 40 AutorInnen haben darin auf 415 Seiten ihr Wissen in konzentrierter verständlicher Form zur Verfügung gestellt. Trotzdem kostet das Buch nur 45,- DM plus 4,- DM Versandkosten. Wer nicht bestellt, ist selber schuld!

AKP - Redaktion und Vertrieb
Luisenstr. 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-177517, Fax: -177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik